

Nierhaus, Wolfgang

Article

Verpufft die Steuersenkung in den Preisen?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2001) : Verpufft die Steuersenkung in den Preisen?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 54, Iss. 12, pp. 49-51

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163652>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bei nahezu allen Prognosen für das Jahr 2001 wurde unterstellt, dass der private Konsum eine wichtige Konjunkturstütze wird. Maßgeblich für diese Einschätzung war, dass die Einkommensteuerbelastung der privaten Haushalte im laufenden Jahr um rund 25 Mrd. DM sinkt, was die verfügbaren Einkommen und damit den Ausgabenspielraum in entsprechendem Volumen anhebt. So wurde zu Jahresanfang der Grundfreibetrag von 13 499 DM auf 14 093 DM angehoben, der Eingangssteuersatz von 22,9% auf 19,9% gesenkt und der Spitzensteuersatz von 51,0% auf 48,5% zurückgenommen. Für alle Steuerpflichtigen mit einem zu versteuernden Einkommen (ZVE) oberhalb des Grundfreibetrags des Vorjahres bringt die Steuersenkung einen – mit der Einkommenshöhe steigenden – Zuwachs an nominaler Kaufkraft (vgl. Tab. 1).

Bisher sind allerdings die Konjunkturerwartungen, die an die Expansion der privaten Verbrauchsausgaben geknüpft wurden, enttäuscht worden. Zwar ist der nominale Konsum im ersten Quartal 2001 saison- und kalenderbereinigt um 0,8% gegenüber dem Jahresendquartal 2000 gestiegen, real, d.h. nach Abzug der Preissteigerung, hat er aber nahezu stagniert (vgl. Abb. 1). Allein aufgrund des niedrigen Vergleichsniveaus ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme des realen Konsums von 1,1%, was jedoch merklich unter dem durchschnittlichen Gesamtzuwachs des Jahres 2000 in Höhe von 1,6% liegt.

Maßgeblich für das schlechte Abschneiden der Verbrauchskonjunktur war – neben einem spürbaren Anstieg der Sparneigung – die unerwartet starke Inflation. Ausschlaggebend hierfür war, dass sich Energieträger erneut kräftig verteuert haben. So erhöhten sich die Kraftstoffpreise wegen der erneut anziehenden Weltmarktpreise für Rohöl und der abermaligen Euro-Schwäche deutlich. Für zusätzliche Anspannung auf den europäischen Kraftstoffmärkten sorgte die hohe Benzinnachfrage aus den USA. Hinzu kamen außerordentlich kräftige Preissteigerungen bei vielen Nahrungsmitteln. So verteuerten sich – im Gefolge der europäischen Tierseuchen BSE und MKS – Fleisch und Fleischprodukte sowie die Substitute Fisch und Molkereierzeugnisse, außerdem – witterungsbedingt – saisonabhängige Nahrungsmittel wie Obst und Gemüse (Nierhaus 2001a). Nicht zuletzt aufgrund dieser nicht vorhergesehenen – und nicht vorhersehbar – Sondereffekte waren die Lebenshaltungskosten im Bundesgebiet im Mai 2001

Tab. 1
Maßnahmen der Bundesregierung beim Einkommensteuertarif

	1999	2000	2001
Grundfreibetrag (in DM)	13 067	13 499	14 093
Eingangssteuersatz (in %)	23,9	22,9	19,9
Spitzensteuersatz (in %)	53,0	51,0	48,5
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5
Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	53,81	51,17
Beginn der oberen Proportionalzone (in DM)	120 042	114 969	107 568
Steuerersparnis ^{a)} gegenüber 1998 (in DM)			
Bei einem ZVE von 30 000 DM	216	559	1 046
Bei einem ZVE von 50 000 DM	135	543	1 383
Bei einem ZVE von 100 000 DM	43	52	1 470

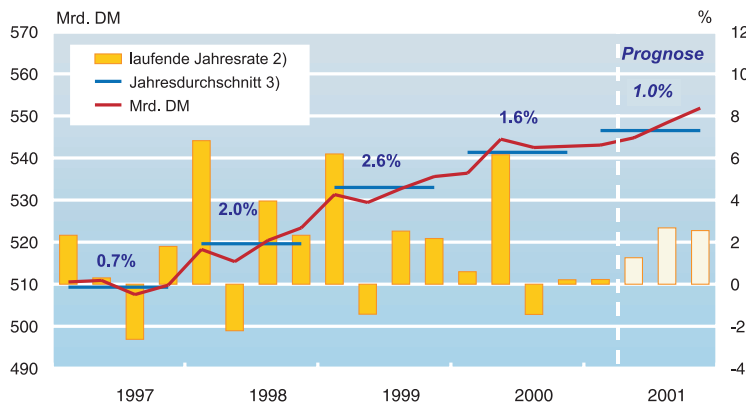
^{a)} Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat um 3,5% höher. Verpufft damit die Steuersenkung in den Preisen? Gibt es keine realen Konsumeffekte? Das ifo Institut hat dazu eine Modellrechnung durchgeführt.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts haben die privaten Haushalte im abgelaufenen Jahr für Energieträger und Nahrungsmittel (ohne Getränke) rund 385 Mrd. DM verausgabt, was einer Steigerungsrate von 5,6% gegenüber 1999 entspricht (vgl. Tab. 2). Der Löwenanteil entfiel davon auf Nahrungsmittel (229 Mrd. DM), für Strom, Heizöl, Gas und andere Brennstoffe wurden 82 Mrd. DM ausgegeben und für Kraftstoffe knapp 74 Mrd. DM. Zur Abschätzung der nominalen Verbrauchsausgaben für Energie und Nahrungsmittel im Gesamtjahr 2001 wird hier – hypothetisch – angenommen, dass die privaten Haushalte in den betreffenden Gütersparten das reale Verbrauchsniveau des Jahres 2000 aufrechterhalten wollen. Gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt wird also das reale Konsumniveau bei die-

Abb. 1
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹⁾
Saisonbereinigter Verlauf



1) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck.
2) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2001: Prognose.

Tab. 2

Ausgaben der privaten Haushalte für Energieträger und Nahrungsmittel

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001(s)
	in jeweiligen Preisen (Mrd. DM)						
Energieträger und Nahrungsmittel	346,3	355,2	360,4	359,7	364,1	384,6	402,9
Strom, Gas und andere Brennstoffe	74,5	79,7	79,8	76,7	75,9	81,9	87,7
Kraftstoffe	58,0	60,3	62,2	60,0	64,7	73,8	77,7
Nahrungsmittel ¹⁾	213,7	215,3	218,4	223,0	223,6	228,9	237,5
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
	in jeweiligen Preisen						
Energieträger und Nahrungsmittel	2,2	2,6	1,4	-0,2	1,2	5,6	4,8
Strom, Gas und andere Brennstoffe	2,7	6,9	0,2	-3,9	-1,1	8,0	7,1
Kraftstoffe	0,6	3,9	3,1	-3,5	7,8	14,2	5,3
Nahrungsmittel ¹⁾	2,4	0,7	1,5	2,1	0,2	2,4	3,8
	in Preisen von 1995						
Energieträger und Nahrungsmittel	2,0	1,5	-0,3	0,8	-0,1	0,5	0,0
Strom, Gas und andere Brennstoffe	3,6	7,5	-1,9	-1,4	-4,2	-2,8	0,0
Kraftstoffe	1,1	-0,4	0,2	1,6	0,6	-3,7	0,0
Nahrungsmittel ¹⁾	1,7	0,0	0,1	1,4	1,2	2,7	0,0
	Preisniveau (1995=100)						
Energieträger und Nahrungsmittel	0,2	1,0	1,8	-1,0	1,3	5,1	4,8
Strom, Gas und andere Brennstoffe	-0,9	-0,6	2,1	-2,5	3,3	11,1	7,1
Kraftstoffe	-0,5	4,4	2,9	-5,0	7,2	18,5	5,3
Nahrungsmittel ¹⁾	0,7	0,8	1,3	0,7	-1,0	-0,3	3,8

s) Modellrechnung des ifo Instituts.- 1) Ohne alkoholfreie Getränke.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

sen Gütern konstant gehalten. Ferner wird bei der Modellrechnung unterstellt, dass im weiteren Verlauf des Jahres 2001 die Preise für Energie und Nahrungsmittel (bis auf die Strom- und Gas tarife sowie die Umlagen für Fernwärme) allmählich wieder sinken werden.¹

Im Jahresdurchschnitt 2001 würde bei diesen Annahmen die Preissteigerung bei Energieträgern und Nahrungsmitteln zusammengenommen knapp 5% betragen, was – bei Konstanz der gekauften Mengen – auch der Zuwachsrate der nominalen Konsumausgaben für diese Produkte entspräche. Die privaten Haushalte hätten also umgerechnet im laufenden Jahr 403 Mrd. DM für Energie und Nahrungsmittel aufzuwenden, was gegenüber dem Ausgabenniveau des Vorjahres Mehrausgaben von rund 18,5 Mrd. DM bedeutet. Rein rechnerisch würde damit die Steuerentlastung der privaten Haushalte in einem Volumen von 25 Mrd. DM zu rund 75% der Finanzierung der höheren Preise von Energieträgern und Nahrungsmitteln dienen, nur ein Viertel könnte in den (Mehr-)Konsum von anderen Gütern fließen.² Allerdings ist zusätzlich in Betracht zu zie-

¹ Für Rohöl wird hier im Jahresdurchschnitt 2001 ein Preis von 26 US-Dollar je Barrel angenommen, was in der von der OPEC angestrebten Bandbreite von 22 bis 28 Dollar für den Korb der OPEC-Qualitäten liegt. Ferner wird unterstellt, dass der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar im weiteren Jahresverlauf 2001 zumindest nicht nennenswert schlechter wird. Schließlich wird erwartet, dass sich die Preisspitzen bei Nahrungsmitteln allmählich zurückbilden.

hen, dass die inzwischen teurer gewordene Energie als Vorleistung in vielen Industrieerzeugnissen und Dienstleistungen enthalten ist. Dies hat dazu beigetragen, dass die Kerninflationsrate, die in Abgrenzung des ifo Instituts³ die Veränderung der Lebenshaltungskosten ohne Energieträger, Saisonwaren und Güter mit administrierten Preisen misst, im Mai 2001 auf 1,7% gestiegen ist, nach 0,8% im Jahresdurchschnitt 2000 (vgl. Abb. 2). Zum Ausgleich dieser Sekundäreffekte, deren Gesamtvolumen freilich kaum zu quantifizieren ist, müssten rein rechnerisch ebenfalls Mittel aus der Steuerensenkung mobilisiert werden.

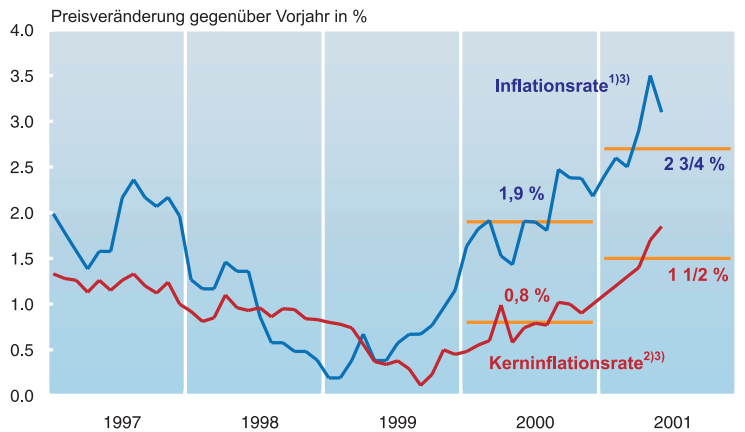
Insgesamt werden von der diesjährigen Steuerensenkung nach der hier vorgelegten Modellrechnung (unter Berücksichtigung von Sekundäreffekten) keine größeren Impulse auf den Konsum ausgehen. Die Steuerensenkung dürfte zum größten Teil lediglich die Mehrausgaben kompensieren, die den privaten Haushalten im laufenden Jahr durch die Teuerung bei Nahrungsmitteln und Energieträgern direkt und indirekt im Vergleich zum Vorjahr entstehen. Positive Effekte auf den realen Konsum könnten sich allerdings dann ergeben, wenn die privaten Haushalte – anders als in der Modellrechnung unterstellt – den Verbrauch von Energie und Nahrungsmitteln einschränken und das gesparte Geld zugunsten von Gütern und Dienstleistungen mit unterdurchschnittlichem Preisanstieg verausgaben. Der Deflator der privaten Konsumausgaben steigt dann langsamer als der Preisindex für die Lebenshaltung, was den realen Konsum und damit das reale Bruttoinlandsprodukt

² Gegen diese Betrachtungsweise könnte eingewendet werden, dass das Preisniveau für Energie und Nahrungsmittel normalerweise auch ohne Sondereffekte im Jahr 2001 gestiegen wäre, wenngleich natürlich deutlich langsamer. Geht man – fiktiv – von einem durchschnittlichen Preisanstieg von 1,5% im Mittel aller Gütergruppen aus, so würde sich der in Rechnung zu stellende Sondereffekt (d.h. der zusätzliche Preiseffekt) nicht mehr auf 4,8% belaufen, sondern lediglich 3,3% betragen, was die erforderlichen Mehrausgaben für Energie und Nahrungsmittel auf 12,5 Mrd. DM reduzierte. Dies machte dann noch 50% des Entlastungsvolumens der Steuerreform für private Haushalte aus.

³ Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

Abb. 2

Inflation und Kerninflation in Deutschland



1) Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte.- 2) Preisindex ohne Saisonwaren, ohne Heizöl, Kraftstoffe und Gas, sowie ohne Güter und Dienstleistungen mit administrierten Preisen.- 3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr im Jahresdurchschnitt in %; 2001: geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

anheben würde. Derartige Verbrauchsumschichtungen dürfte es zurzeit tatsächlich geben.⁴

Alles in allem hat das ifo Institut seine Prognose für den Anstieg des realen Konsums im Jahresdurchschnitt 2001 von 2,5% (Dezemberprognose 2000) inzwischen auf 1,0% zurückgenommen. In dieser Revision schlägt sich natürlich auch die nunmehr schlechter eingeschätzte Gesamtkonjunktur in Deutschland und der Welt und die damit verbundene schwächere Beschäftigungs- und Nominaleinkommensentwicklung nieder. Ohne die Steuersenkung wäre die Verbrauchskonjunktur aber auf jeden Fall noch deutlich schlechter als hier prognostiziert. Während in der ersten Jahreshälfte der Preisanstieg sehr kräftig war, dürfte er im weiteren Jahresverlauf allmählich nachlassen. Dies zeigt sich bereits in den Ergebnissen der amtlichen Preisstatistik für den Monat Juni. Gegenüber dem vergleichbaren Monat des Vorjahrs ging die Rate von 3,5% auf 3,1% zurück. Der Druck auf die Realeinkommen der privaten Haushalte dürfte von daher allmählich schwächer werden; die reale Kaufkraft wird wieder steigen. Dies eröffnet zusammen mit dem erwarteten Rückgang der Sparquote und einem sich wieder verbessernden wirtschaftlichen Umfeld Spielraum für eine verhaltene konjunkturelle Ausweitung des realen Konsums, der damit im späteren Verlauf des Jahres doch noch zu einer Stütze der Konjunktur werden kann.

Abgeschlossen am 27. Juni 2001

⁴ Der Deflator des privaten Konsums, dessen variables Wägungsschema Nachfrageänderungen erfassen kann, ist im ersten Quartal 2001 nur um 1,9% gestiegen, während der Preisindex für die Lebenshaltung, der auf einem festen Wägungsschema beruht, um 2,5% über dem Niveau des Vorjahrs lag. Zu den konzeptionellen Unterschieden der beiden Verbraucherpreisindizes (vgl. Nierhaus 2001b, S. 68).

Literatur

Nierhaus, W. (2001a), »Warum die Preise in West- und Ostdeutschland so stark steigen«, *ifo Schnelldienst* 54 (11), 28–31.
 Nierhaus, W. (2001b), »Inflation – wie gemessen?«, *ifo Schnelldienst* 54 (3), 67–68.